

/ FREITAG, 9. OKTOBER 2009

Offener für Veränderung

Thilo Sarrazin hat eine Debatte über das Leben der Migranten entfacht.

VON ANDREA DERNBACH
UND FATINA KEILANI

Wie steht es um die Integration?

Mit dem Verweis auf die „kleinen Kopftuchmädchen“, die „ständig produziert werden“ hat Thilo Sarrazin (SPD) eine neue Integrationsdebatte entfacht. „Jemanden, der nichts tut, muss ich auch nicht anerkennen“ hatte der ehemalige Berliner Finanzsenator unter anderem gesagt. Kritik an Sarrazins Äußerungen gibt es reichlich. Allerdings äußern auch viele Verständnis. Klar ist: über die Integrationsbemühungen wird diskutiert.

Was bedeutet Integration?

Es geht um Einbeziehung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gemeint ist nicht Assimilation – jeder kann also seine kulturelle Identität behalten. Aus dem Zusammenleben der verschiedenen Kulturen soll vielmehr eine neue Wertegemeinschaft entstehen. Um das zu erreichen, sind unterschiedliche Anstrengungen auf beiden Seiten nötig. Vor allem müssen gewisse Grundvoraussetzungen erfüllt sein.

Wie wichtig ist Arbeit für die Integration?

Extrem wichtig. „Das wichtigste ist die Sprache“, sagt Jörg-Uwe Hahn (FDP), einer von drei Integrationsministern, die es in Deutschland mittlerweile gibt. „Gleich danach kommt die Arbeit.“ Durch beides zusammen gelingt Integration am schnellsten und einfachsten – und kostet den Staat auch am wenigsten. Denn der Nutzen der zahllosen staatlich geförderten Projekte zur Integration ist nicht erwiesen; Integrationspolitiker wie der Berliner Badr Mohammed (CDU) halten sie für Beschäftigungstherapie, mit der sich Linkspolitiker und Sozialarbeiter gegenseitig finanziell versorgen.

Zum ersten Arbeitsmarkt haben Migranten nachweislich schwerer Zugang als Deutsche, weil sie meist niedrigere Bildungsabschlüsse haben. Bauen Firmen dann Stellen ab, sind Migranten besonders schnell davon betroffen. Dieses Problem wird sich verschärfen, da es in Zukunft immer weniger Industriearbeitsplätze geben wird, so dass künftig nur noch gut qualifizierte Arbeitnehmer Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Doch selbst für hochqualifizierte Zuwanderer gibt es Hindernisse ohne Ende: „Wir dürfen keine qualifizierten Ausländer hereinlassen, so lange uns die Arbeitsagentur noch einen deutschen Arbeitslosen für den Job meldet“, sagt Minister Hahn. Dabei ist es eigentlich Ziel des Zuwanderungsgesetzes, dass Deutschland sich die Zuwanderer aussucht und nicht mehr umgekehrt. Bisher fand die Zuwanderung vor allem in die unteren Schichten statt, also in die Sozialhilfe.

Welche Rolle spielen Sozialleistungen in diesem Zusammenhang?

Mutmaßlich sind sie ein Integrationshindernis. „Wohlfahrtsstaaten tun sich schwer mit der Integration“, sagt der Migrationsforscher Klaus J. Bade, „denn sie schalten, anders als etwa die marktorientierten USA, die Selbstauslesefunktion ab.“ Will sagen: Wer sich in einer Gesellschaft durchbeißen muss, um sich zu ernähren, lernt die Landessprache leichter, hat Kontakte in die Mehrheitsgesellschaft und schafft vielleicht auch den sozialen Aufstieg – oder die Kinder schaffen ihn leichter. Ruud Koopmans, Leiter der Migrationsforschungsgruppe am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, verglich zusammen mit Forscherkollegen die Integrationskonzepte seiner niederländischen Heimat mit der von Deutschland, England, Frankreich und der Schweiz. Er hält multikulturelle Integrationskonzepte ohnehin für heikel, weil sie auf die Wahrung der kulturellen Identität der Migranten abzielen, statt ihnen den Weg in die neue Gesellschaft zu erleichtern. Das sei „besonders kontraproduktiv, wenn ein starker Wohlfahrtsstaat hinzukomme“. Denn starke Sozialtransfers ließen auch die Aggression der Mehrheitsgesellschaft gegen Migranten wachsen: „Wo es keinen starken Wohlfahrtsstaat gibt, nützt Immigration tendenziell den meisten, denn sie macht Güter und Dienstleistungen billiger.“ Wo die Migranten aber am Tropf des Sozialstaats hängen wie in den Niederlanden, „werden Migranten womöglich zu Recht nicht als wirtschaftliche Bereicherung gesehen.“

Was hat sich politisch getan?

Von den „Gastarbeitern“, die seit dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen von 1955 in den Westen Deutschlands geholt wurden – das erste DDR-Abkommen datiert von 1968 –, erwarteten Bürger und Politiker, dass sie nach getaner Arbeit verschwinden würden. Aber auch sie selbst dachten so. Man wollte Geld verdienen und davon im Mezzogiorno oder Anatolien später besser leben. Im Jahre 1970 erreichte die Anwerbung mit knapp einer Million Zuzüglern ihren Höhepunkt; seit 1973 galt ein Anwerbestopp. Dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, blieb weiter eine geleugnete Tatsache. Die rot-grüne Staatsangehörigkeitsreform schlug hier 2000 erstmals eine tiefe Bresche – von der freilich noch abzuwarten ist, wie tief sie praktisch ist: Der Optionszwang etwa, der hier geborene Migranten zwingt, für die

deutsche Staatsangehörigkeit die ursprüngliche aufzugeben, wird dafür verantwortlich gemacht, dass die Einbürgerungszahlen inzwischen sinken statt steigen. Echte Konjunktur hat das Thema Integration mittlerweile auf konservativer Seite: Angela Merkel machte es zur Cheffinnsache, in Nordrhein-Westfalen berief gleichzeitig Jürgen Rüttgers (CDU) Armin Laschet zum ersten Integrationsminister. Erfahrene Beobachter wie Migrationsexperte Bade sehen denn auch eine „wachsende Normalisierung“. Politik und Verwaltungen gingen heute viel gelassener und pragmatischer mit dem Thema um. Leider gäbe es inzwischen aber „eine reguläre Desintegrationspublizistik, die davon lebt, dass sie flächen- oder kiezdeckend jedes Integrationsproblem aufbläst“.

Behindert das Kopftuch den Integrationsprozess?

Das Kopftuch gilt vielen Kritikerinnen und Kritikern als sichtbares Zeichen der Nichtintegration. Seit das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Frühjahr seine Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ vorstellte, gibt es auch für diesen Kampfplatz erstmals belastbare Zahlen. Demnach trägt „eine deutliche Mehrheit der Musliminnen“ gar kein Kopftuch (72 Prozent). Und während in der älteren Generation der über 65-jährigen Musliminnen jede zweite Kopftuch trägt, liegt dieser Prozentsatz in der zweiten Generation schon „signifikant“ niedriger – in Deutschland werden also, anders als Sarrazin annimmt, eher weniger „Kopftuchmädchen produziert“. Kopftuchträgerinnen haben allerdings seltener deutsche Freunde, den deutschen Pass und sind seltener erwerbstätig. Ob das an ihnen oder der Mehrheitsgesellschaft liegt – danach hat die Studie nicht gefragt. Gescheitert ist Integration deshalb nicht, aber sie steht vor Herausforderungen.